

wo die Aktenlage es erfordert, von Fall zu Fall geprüft werden, ob auch für die Bestände westlicher Archive eine vorzeitige Aufhebung der 30-Jahre-Sperrfrist möglich ist. Schon jetzt droht sich eine bedenkliche „Asymmetrie“ der Forschung zu verfestigen.

*Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD, des Mitglieds der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen sowie der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit, Mitter und Weber zu vorstehender Handlungsempfehlung:*

„Im Interesse einer fundierten Aufarbeitung der SED-Diktatur sollte dort, wo die Aktenlage es erfordert, geprüft werden, ob auch für die Bestände westlicher Archive eine vorzeitige Aufhebung der 30-Jahre-Sperrfrist möglich ist. Schon jetzt droht sich eine bedenkliche „Asymmetrie“ der Forschung zu verfestigen.“

- Die zügige Erschließung der Archivalien muß durch die finanzielle und personelle Absicherung der Archive gewährleistet werden.
- Die Suche nach „vagabundierenden Akten“ sollte intensiv fortgesetzt werden.
- Die schriftlichen Überlieferungen von Betrieben und Kombinatn der DDR sollten an die jeweils zuständigen öffentlichen Archive übergeben werden.
- Die gegenwärtigen, teils noch erheblichen räumlichen, finanziellen, personellen und technischen Probleme früherer DDR-Archive, vor allem auf lokaler Ebene, müssen behoben werden. Hierzu zählen insbesondere auch die aus der Bürgerbewegung hervorgegangenen und heute oftmals allein vom ehrenamtlichen Engagement der Beteiligten getragenen Archive.
- Die Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit der Russischen Föderation und den anderen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion sowie insbesondere auch mit den ostmittel- und südosteuropäischen Staaten bei der Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit sollte intensiv gefördert werden.
- Außer dem Verbleib sollte auch die Möglichkeit des Zugangs zu den Akten internationaler Organisationen, in denen die DDR Mitglied war, speziell des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe und des Warschauer Paktes, sowie generell zu Akten, die die internationale Koordination der Politik der kommunistischen Staaten und Parteien betreffen, geklärt werden.

D. *Sondervotum des Mitglieds Gruppe PDS/LL Abg. Dr. Dietmar Keller zu dem vorliegenden Bericht*

„Zum ersten Mal seit 1969, dem Jahr, als mit der „Kleinen Parlamentsreform“ die Enquete-Kommission in die Geschäftsordnung des Deutschen Bundes-

tages eingeführt wurde, beschäftigte sich eine solche mit einem politisch-historischen und ideologiegeschichtlichen Thema. Ihre Konstituierung war de facto ein Experiment. Auftrag der Enquete-Kommission war es, die „Geschichte und die Folgen der SED-Diktatur in Deutschland politisch aufzuarbeiten“, „verletztem Rechtsempfinden durch Offenlegung des Unrechts und Benennung von Verantwortlichkeiten Genüge zu tun“ und „einen Beitrag zur Versöhnung in der Gesellschaft zu leisten“ (Deutscher Bundestag, Drucksache 12/2597). „Die Auswirkungen der SED-Diktatur sollten an zentralen Fakten und Beispielen veranschaulicht werden“ (Beschluß der Enquete-Kommission vom 30. Juni 1992). In das öffentliche Bewußtsein sollte gehoben werden, wie „das totalitäre System der DDR, die zentral verwaltete Mangelwirtschaft, zum Beispiel ebenso wie die weltanschauliche Erziehungsdiktatur, das Leben eines jeden einzelnen prägte, seine Freiheit und Lebenschancen einengte“. Die Arbeit der Enquete-Kommission sollte auch darauf gerichtet sein, „verborgene interne Machtstrukturen und -stränge sowie die psychologischen Hintergründe bei der massenhaften Pervertierung des Rechts aufzuspüren“.

Demgegenüber ging die PDS/Linke in ihrem abgelehnten Antrag zur Einsetzung einer Enquete-Kommission „Politische Aufarbeitung der DDR-Geschichte“ (Deutscher Bundestag, Drucksache 12/2226) von der Notwendigkeit aus, „einen Beitrag im Rahmen einer breit angelegten öffentlichen Erörterung über Staat und Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik zu leisten“. Die Enquete-Kommission sollte sich in ihrer Arbeit daher insbesondere von folgenden Prinzipien leiten lassen:

- der „Notwendigkeit einer sachlichen und differenzierten Aufarbeitung der DDR-Geschichte“
- einer „wissenschaftlichen Kritik“ der These vom „Unrechtsregime Deutsche Demokratische Republik“ und der Ergründung der „Ursachen des Scheiterns des (Sozialismus)Versuches“ in der DDR. Gefordert wurde, die „Aufarbeitung als ein gesamtdeutsches Unternehmen zu vollziehen“, von den „Wechselbeziehungen der Nachkriegsgeschichte zwischen beiden deutschen Staaten und deren Einbindung in internationale Kräftekonstellationen und spezifische Bündnisse aus(zu)gehen“ und „die Aufarbeitung der Geschichte dieses Jahrhunderts in ihrer Gesamtheit“ anzugehen.

Die Enquete-Kommission hat zweifelsohne eine umfangreiche Arbeit geleistet. Anerkannt wird das Bemühen von einigen Mitgliedern der Kommission und von Sachverständigen um eine differenzierte Auseinandersetzung und gegen vereinfachende Schwarz-Weiß-Malerei.

Mit dem Sondervotum ist nicht beabsichtigt, der Beurteilung der Arbeit der Kommission durch die Öffentlichkeit vorzugreifen. Der Votierende ist sich auch des Für und Wider des eigenen Mitwirkens in der Kommission bewußt. Er sieht in Teilen des Berichtes ernstzunehmende Diskussionsbeiträge und Arbeitsergebnisse und möchte davon ausgehend Defizite benennen: